

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
(17. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen),
Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9422 –**

Eine kohärente und konsistente Menschenrechtspolitik gegenüber China entwickeln

A. Problem

In dem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung u. a. auf, ein kohärentes und konsistentes Konzept einer Menschenrechtspolitik gegenüber der VR China zu entwickeln und umzusetzen und dabei statt auf reine Symbolpolitik auf einen langfristig angelegten kooperativen Dialogprozess zu setzen. Gegenüber der chinesischen Regierung sollen die Fortschritte hinsichtlich des Schutzes und der Gewährleistung von Menschenrechten gewürdigt werden, gleichzeitig soll die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung weiterhin die Abschaffung der Todesstrafe thematisieren und auf die Einhaltung wenigstens der Mindeststandards des Zivilpaktes der Vereinten Nationen drängen. Weitere Forderungen zielen darauf ab, dass sich die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung für den Schutz und die Gewährleistung von Minderheitenrechten einsetzt, insbesondere mit Blick auf die Uighurinnen und Uighuren sowie die Tibeterinnen und Tibeter.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9422 abzulehnen.

Berlin, den 21. Januar 2009

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende und Berichterstatterin

Holger Haibach
Berichterstatter

Florian Toncar
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Holger Haibach, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Florian Toncar, Michael Leutert und Volker Beck (Köln)

I. Überweisung und Mitberatung

Der Antrag auf **Drucksache 16/9422** wurde in der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 2008 dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung u. a. auf, ein kohärentes und konsistentes Konzept einer Menschenrechtspolitik gegenüber der VR China zu entwickeln und umzusetzen und dabei statt auf reine Symbolpolitik auf einen langfristig angelegten kooperativen Dialogprozess zu setzen. Gegenüber der chinesischen Regierung sollen die Fortschritte hinsichtlich des Schutzes und der Gewährleistung von Menschenrechten gewürdigt werden, gleichzeitig soll die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung weiterhin die Abschaffung der Todesstrafe thematisieren und auf die Einhaltung wenigstens der Mindeststandards des Zivilpaktes der Vereinten Nationen drängen. Die ausstehende Ratifizierung des Zivilpaktes der Vereinten Nationen soll angemahnt und gegenüber der chinesischen Regierung soll das absolute Folterverbot weiterhin angesprochen werden. Die Bundesregierung soll ferner die chinesische Regierung auffordern, ungehinderten Zugang zu allen Haftanstalten und Lagern in China für den VN-Sonderbeauftragten für Folter, die VN-Hochkommissarin für Menschenrechte sowie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes zu gewähren. Weitere Forderungen zielten darauf ab, dass sich die Bundesregierung gegenüber der chinesischen Regierung für den Schutz und die Gewährleistung von Minderheitenrechten einsetzt, insbesondere mit Blick auf die Uighurinnen und Uighuren sowie die Tibeterinnen und Tibeter.

In der Begründung erläutert die Fraktion, dass mit der Vergabe der olympischen Sommerspiele an Peking international

die Hoffnung auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage in China verbunden gewesen sei. Es habe auch tatsächlich Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte gegeben und ein klarer Ansatz zur Bekämpfung von Amtsmissbrauch und Korruption sei erkennbar. Die Würdigung dieser Fortschritte sei notwendig, um mit China einen effizienten kritischen Dialog über die nach wie vor vorhandenen gravierenden Defizite der Menschenrechtslage in diesem Land führen zu können. Eine ernsthafte Menschenrechtspolitik gegenüber China ruhe auf Dialog und Kooperation, aber auch auf Klarheit in der Beschreibung der Realitäten. Leider habe die Bundesregierung wiederholt gezeigt, dass sie kein Konzept einer menschenrechtsorientierten Chinapolitik habe.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag am 21. Januar 2009 in seiner 80. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag am 21. Januar 2009 in seiner 79. Sitzung beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratung im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat ohne Aussprache empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9422 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Berlin, den 21. Januar 2009

Holger Haibach
Berichterstatter

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Berichterstatterin

Florian Toncar
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter

